

Volen überschüssig haben, steht ein Einfuhrbedarf an Getreide gegenüber: Deutschland 45 Millionen D., Italien 25 Mill. D., Dänemark, Island und Griechenland zusammen 15 Mill. D., Frankreich nur 5 Mill. D.

Neue Verhandlungen mit den Russen

Berlin, 15. Mai. In unterrichteten Kreisen wird damit gerechnet, daß die Unterredung in den deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen nur zeitweilig sei und die Verhandlungen demnächst wieder aufgenommen werden. Die Sowjetregierung habe von deutscher Seite ein größeres Entgegenkommen erwartet, als die russischen Delegierten es in Weidenfeldt erfahren. Man wolle in Moskau nicht das Kommen vom 14. April ändern, doch werde die Sowjetregierung von den deutschen Interessenten hinsichtlich der Preise ein Entgegenkommen verlangen. Anfang Juni soll eine neue Kommission der Sowjetunion nach Berlin kommen, die sich auch an den Schlichtungsverhandlungen beteiligen wird.

Der Württ. Beamtenbund gegen weitere Kürzung der Beamtenebezüge

Stuttgart, 15. Mai. Der Gesamtvorstand des Württ. Beamtenebundes gibt folgende Entschliessung bekannt: Die Durchführung neuer Sparmaßnahmen der Reichsregierung und die von anderer Seite häufig geforderte weitere Gehaltskürzung haben die Beamtenschaft in härteste Unruhe versetzt. Der Gesamtvorstand des Württ. Beamtenebundes vernachlässigt sich nachdrücklich gegen die Auffassung, daß die vom Reichstag mit großer Mehrheit angenommene Befolgsregelung von 1927 nicht notwendig gewesen sei. Das Einkommen der Beamten ist aber auch heute, insbesondere nach Durchführung der Reichsreform und der Kürzung ab Februar 1931 so vermindert, daß es schon jetzt in spärlicher Lebenshaltung zwingt. Eine nochmalige Gehaltskürzung würde weite Kreise der Beamtenschaft in Not, ja vielfach zur Verweigerung bringen und ihre Verschuldung vermehren, zumal die steigende Preisentwicklung keinen zulänglichen Ausgleich brachte. Der von gewisser Seite angestrebte Radikalismus der Beamtenschaft würde durch einen weiteren Gehaltsabbau weitgehend verstanden geleistet. Die Beamtenschaft befindet sich in Vereinbarung mit den Berufsorganisationen von Handel und Gewerbe, wenn sie darauf hinweist, daß eine weitere Schwächung ihrer Kaufkraft von unheilvoller Wirkung auf die deutsche Volkswirtschaft wäre. Ernste Sorge löst in der Beamtenschaft die Erkenntnis aus, daß die Verbesserung der Lage des produzierenden Teils der Deutschen Wirtschaft fast ausschließlich auf dem Wege der Lohn- und Gehaltsentlastung, also durch eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung breiterer Verbraucherschichten erstrebt wird. Die Volkspolitik darf zu keiner weiteren Vertiefung der Lebenshaltung führen und es ist ferner notwendig, für die körperlich und seelisch leidenden arbeitslosen Volksgenossen rasendmöglichst Arbeit zu beschaffen und der Kapitalmarkt ins Ausland mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken. Vor allen Maßnahmen muß eine Beseitigung der unerträglichen Reparationszahlungen gefordert werden, wenn das deutsche Volk nicht den ihm auferlegten Lasten erliegen soll. Die Beamtenschaft war immer bereit, ihr Möglichstes zur Beseitigung der allgemeinen Notlage beizutragen und das Vertrauen des deutschen Volkes zum republikanischen Volksohn und seiner Regierung zu stärken. Der Gesamtvorstand des Württ. Beamtenebundes lehnt aus den dargelegten Gründen jede weitere Kürzung der Beamtenebezüge ab.

Gegen die Brotpreiserhöhung

Stuttgart, 16. Mai. Die Kommunisten haben im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu beauftragen, sofort mit der Reichsregierung Maßnahmen zur Rückgängigmachung der Brotpreiserhöhung zu beantragen. Da in erster Linie die Lohn- und Steuerpolitik der Reichsregierung die Ursachen der Preissteigerung sind, sind hier vor allem solche Maßnahmen zu treffen, die die Preissteigerung rückgängig machen lassen, andererseits entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter, Angestellten und unteren Beamten und der Unterstützungssätze der Erwerbslosen, Sozial- und Kriegsgeldnehmer erforderlich wird. Die geführte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart nahm eine Entschliessung an, die mit allem Nachdruck gegen die Erhöhung der Brotpreise protestiert und verlangt, daß das Württ. Wirtschaftsministerium alles aufbietet, um die Brotverteuerung abzumenden. Sie verlangt ferner von der Reichsregierung, daß die Getreidezölle gesenkt werden, nachdem die bisherige Politik der fortgesetzten Zoll-erhöhungen zu der jetzigen Verteuerung der Getreide- und Mehlpreise geführt hat. Sie fordert schließlich, daß der auch

Der Kultetat im Landtag

Stuttgart, 16. Mai. Der Landtag setzte am Freitag nachmittags die Beratung des Kultetats fort und schloß nachträglich zu Kap. 29 (Kunstmuseum) die kommunalistischen und nationalsozialistischen Anträge ab. Eine längere Aussprache knüpfte sich daran an die Kap. 30-36 (evangelische, katholische und israelitische Kirche). Der Abg. Deymann begründete einen Antrag auf Kürzung der staatlichen Zuschüsse zum Befolgungsaufwand der Kirchen und betonte, wenn der Staat beim Rückgang seiner Einnahmen seine auf gesetzlicher Grundlage ruhenden Verpflichtungen und diejenigen gegen die Kriegsoffer nicht mehr erfüllen könne, dann brauche er erst recht nicht seine Verpflichtungen freiwilliger Art gegen die Kirche in der bisherigen Weise weiter zu erfüllen. Die Sozialdemokratie habe alles Verhängnis für die Bedeutung der Kirchen, aber auch außerhalb der Kirchen seien geistige und ethische Höhepunkte in der Entwicklung der Volkstäter zu verzeichnen. Min. Dir. Meibing erwiderte, daß auch die Kirchen der wirtschaftlichen Not Rechnung tragen und ihren Bedarf eingespart haben. So wurde von ihnen freiwillig die sechszehnjährige Gehaltskürzung durchgeführt. Im ganzen wurden die Staatsleistungen für die Kirchen im Jahr 1931 um 6,3 Prozent, im Jahr 1932 um 6,5 Prozent gekürzt. Wenn der Antrag Deymann angenommen werde, so müßten die Kirchensteuern erhöht werden. Der Abg. Köhler (Komm.) begründete einen Antrag auf Streichung aller Staatsleistungen an die Kirchen. Der Abg. Dr. Kaim (Frp.) erklärte, das Gehalt des katholischen Geistlichen belaufe sich nur auf 65 bis 70 Prozent des Einkommens eines unverheirateten Staatsbeamten der niederen Befoldungsgruppe der Akademiker. Minderer katholischer Kirchenpfleger, der aus dem mittleren Dienst komme, habe ein höheres Gehalt als sein Stadtpfarrer. Die Staatsleistungen seien absolut notwendig. Eine Jugend ohne religiöse Grundlage werde staatsgefährlich. Der Abg. Scheel (Dem.) verlangte genaueres Material von der Regierung über die Rechtsfrage. Für die nächsten 2 Jahre solle man es bei den Etopositionen belassen, aber auf die Dauer werde es ohne eine Revision nicht abgehen. Der Abg. Bausch (Chr. Vd.) begründete einen Antrag der Evangelischen Oberkirchenbehörde über die politische Betätigung der Pfarrer und betonte, in Deutschland müßten alle weltlichen Kräfte zusammenstehen, um den russischen Angriff abzuwehren. Der Abg. Regenthaier (N.S.) forderte, daß man den Kirchen gebe, was sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen, äußerte sich aber gegen die Staatsleistung für die jüdische Religionsgemeinschaft. Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Dr. Strodel (Frp.), Hartmann (D. Vp.) und Bauer (F.R.P.) wurden die Kapitel 30-36 unter Ablehnung der sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge angenommen. Beim Kap. 37 (Unterstützung) lobte der Abg. Scheel (Dem.) die in Tübingen beim Neubau der neuen Aula geleistete gediegene und solide Arbeit, die der Würde der Universität und des Landes entspreche. Der Abg. Kühle (Frp.) wies gleichfalls die übertriebene Kritik an dem Neubau juristisch und wünschte eine katholische Professur für Philosophie. Der Abg. Dr. Bruckmann (Dem.) bestritt, daß man bei dem Neubau der Aula von Verschwendung reden könne. Man sollte bei großen Staatsbauten einen Wettbewerb zwischen privaten und beamteten Künstlern zulassen. Der Abg. Deymann (Soz.) wies darauf hin, daß in den letzten Jahren durch die Tübinger Universität 11 Millionen ausgegeben worden sind, während sich andere Kultureinrichtungen wie die Volkshochschulen in großer Notlage befinden. Der neue Bau sei durchaus brauchbar, aber der Plan eines Neubaus der Technischen Hochschule in Stuttgart müsse ins Reich der Utopie verwiesen werden. Der Abg. Dr. Köhler (F.R.P.) äußerte sein Gefallen an der neuen Tübinger Aula. Der Abg. Köhler (Komm.) begründete die neue Aula als übig und luxuriös. Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Hartmann (D. Vp.) und Bauer (F.R.P.) stellte Finanzminister Dr. Dehlinger mit Genehmigung fest, daß von fast allen Seiten die Angriffe gegen den Neubau als sachlich nicht begründet zurückgewiesen worden seien. Präsident Rubin bestritt, daß man beim Tübinger Neubau zu weit gegangen sei. Oberbaurät Daiber, der Erbauer der neuen Aula, wies gleichfalls

von der Sozialdemokratie in Anträgen und Gesetzen erzielte Schutz der Verbraucher auch wirklich durchgeführt wird, um die Verteuerung des Nahrungsbedarfs zu verhindern und, wo sie schon eingetreten ist, rückgängig zu machen.

Protest der Gewerkschaften gegen die Brotpreiserhöhung

Stuttgart, 15. Mai. Der Ortsausschuß Stuttgart des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat an das Württ. Wirtschaftsministerium wegen der Brotpreiserhöhung eine Eingabe gerichtet, worin es heißt: Da die arbeitende Bevölkerung in den letzten Monaten sich durchweg recht empfindlich

den Vorwurf der Verschwendung öffentlicher Gelder zurück. Bei der Abstimmung wurden dann die Kap. 37 (Universität) und 38 (Landw. Hochschule in Hohenheim) angenommen. — Morgen Weiterberatung.

Stuttgart, 16. Mai. Im Landtag wurde heute eine Große sozialdemokratische Anfrage und ein kommunistischer Antrag wegen der Stuttgarter Brotpreiserhöhung gestellt. Ihre Behandlung soll in der nächsten Woche bei Beratung des Etats des Wirtschaftsministeriums erfolgen. Kap. 40 (Techn. Hochschule) gab Anlaß zu einer eingehenden Aussprache. Der Abg. Deymann (Soz.) stellte ein baldiges Nachlassen des übermäßigen Andrangs zur Technischen Hochschule in Aussicht und wandte sich gegen den Plan eines Neubaus, der mehr als 40 Millionen kosten würde. Der Landtag sollte seinen früher eingenommenen Standpunkt korrigieren. Sehr zu erwägen wäre die Verlegung der Höheren Bauhause nach Ludwigsburg. Finanzminister Dr. Dehlinger betonte, man könne keine endgültige Stellung zur Platzfrage der Techn. Hochschule nehmen und auch nicht den früheren Beschluß wieder aufheben. Es bestände keine Gefahr, daß das Staatsministerium den Landtag vor vollendeten Tatsachen stelle, aber notwendig sei es, die Platzfrage zu klären, an deren Lösung auch die Stadt Stuttgart großes Interesse habe. Der Abg. Dr. Bruckmann (Dem.) wünschte die Aufstellung eines generellen Plans. Der Abg. Bauer (F.R.P.) meinte, man könne den früheren Landtagsbeschluß leicht ändern. Der Abg. Dr. Köhler (F.R.P.) war fürs Zuvarten, da der Zugang zur Hochschule in den nächsten 4 bis 5 Jahren kurzzeitig abnehmen werde. Der Abg. Regenthaier (N.S.) erklärte sich für eine Lösung der Platzfrage. Der Abg. Deymann (Soz.) bezeichnete es als ausfallend, daß das Zentrum sich nicht an der Aussprache beteiligte. Der Abg. Hartmann (D. Vp.) wünschte einen Beschluß über die Verlegung. Der Abg. Kling (Chr. Vd.) erklärte sich gegen den Plan einer Verlegung, der Abg. Köhler (Komm.) äußerte sich ebenfalls ablehnend gegen eine Hochschulverlegung, desgleichen der Abg. Dingler (F.R.P.). Präsident Rubin vertrat den Standpunkt, daß die Techn. Hochschule vor allem neue Institute brauche, die man auf den noch zur Verfügung stehenden Flächen zweckmäßig nicht erbauen könne. Es müsse auch Reservelände vorhanden sein. Man stehe noch in Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart. Dabei forje man nur für die Zukunft und gebe jetzt noch keinen Bescheid aus. Ein Antrag des Abg. Köhler (Komm.), den früheren Beschluß des Landtags zur Hochschulverlegung fallen zu lassen und ein Antrag Kling (Chr. Vd.), von dem Plan eines vollständigen Neubaus vorläufig abzusehen, wurden auf Antrag des Abg. Jos. Köhler (Dem.) an den Finanzausschuß überwiesen. Kap. 41 (Höhere Bauhause) sowie die Kap. 42-44. An die Kapitel 45 und 46 (Höhere Schulen) knüpfte sich gleichfalls längere Erörterungen. Der Abg. Dr. v. Dieber (Dem.) erklärte, daß die Schülerzahl mit den Bedürfnissen der Nation und der Unnahmerfähigkeit der Weisheit längst nicht mehr in Einklang stehen. Vor dem Krieg gab es in Deutschland 14 000 Abiturienten, heute 4000. Die Zukunft dieser jungen Leute sei sorgenvoll und die Univeritätsüberfüllung geradezu katastrophisch. In wenigen Jahren werde es ein akademisches Proletariat von 30 000 Menschen ohne jede Versorgung geben und diese würden keine Stütze des Staates werden. Die schulmäßige Bildung werde bedeutend überschätzt und das deutsche Schulwesen sei unerbötlich zersplittert. Auch der Abg. Kühle (Frp.) bezeichnete die Aufspaltung des Schulwesens als geradezu grotesk. Der Abg. Köhler (Komm.) wünschte die Vermittlung des gesamten Schulwesens. Der Abg. Schwenenburger (Soz.) verlangte eine sechsjährige Grundschule. Dann äußerte noch der Abg. Hartmann (D. Vp.) Wünsche bezüglich der Oberrealschulabiturienten, worauf nach fünfjähriger Dauer der Sitzung die Weiterberatung auf Dienstag nachmittag vertagt wurde. Am Dienstag wird auch der Aelternterrat zusammengetreten, um sich mit der Geschäftsfrage zu befassen. Vom Zentrum wurde angeregt, die Landtagsitzungen Donnerstag und Samstag nicht um 9 Uhr, sondern um 8 Uhr beginnen zu lassen.

Wohnentlastung daß gefallen lassen müssen, die damit begründet wurden, daß die Lebenshaltungskosten sich wesentlich senken würden, halten wir es für unerträglich, daß bei dem wichtigsten Nahrungsmittel eine Erhöhung eintritt. Die große Masse der Arbeiter, die heute ein wesentlich gekürztes Einkommen hat und noch viel mehr für die Kurzarbeiter und Arbeitslosen ist ein solche Preissteigerung untragbar. Wir fragen daher an, was bedeutet das Württ. Wirtschaftsministerium zu tun, um diese Brotpreiserhöhung wieder rückgängig zu machen?

Jettendorf, 16. Tübingen, 16. Mai. (Schweres Atomunglück) Die bei dem Atomunglück zwischen Jettendorf und Gdingen verunglückten beiden Insassen eines Stuttgarter Wagens sind der 27jährige in Tübingen habende Frh. Krauter aus Ehlingen und Frh. Lechner von Sulz.

Die kleine Frau Storkow

Hans war außer sich. Er machte sich Vorwürfe, daß er Frau Maria mitgenommen hatte. Welche Mächte finsterner Art kämpften gegen die arme Frau.

Frau Maria... wir werden alles tun, daß diese Ruben gefahrt werden. Sagen Sie uns Ihre Wünsche! Wollen Sie heim? Sagen Sie alles! Ich möchte nicht, daß Sie leiden.

Die guten Worte Hans Jordans taten Maria wohl. Sie sagte sich rasch wieder. Zwang sich zur Ruhe.

„Rein... doch... ich will weiter hier bleiben. Aber... man soll mir einen Schuß geben. Carla soll mit mir zusammen sein. Weiter will ich nichts.“

Oberst Gostoch ergriff wieder das Wort.

„Maria Ivanowna!“ sagte er mit tiefer Stimme, „ich werde sofort den Polizeichef von Moskau unterrichten. Alles wird aufgeboten... daß diese furchtbare Tat gesühnt wird. Welcher Schurke wagt es... seine Hände an Sie zu legen.“

Carla sagte zu den Männern:

„Meine Herren, vielleicht ist es gut, wenn Sie Frau Maria jetzt mit mir allein lassen. Sie sehen, wie erregt sie ist. Lassen Sie Frau Maria zur Ruhe kommen.“

Das sahen die Herren ein und entfernten sich rasch.

Das ganze Palais war in Aufregung.

Die Dienerschaft stand in Gruppen zusammen und unterhielt sich gedämpft.

Der Herr... so aufgeregt hatte man ihn noch nie gesehen... die Hut in ihm! Oh... in Stücke reißen würde er die Verbrecher, wenn er sie vor sich hätte.

Jetzt hatte der Oberst mit dem Polizeichef, dem Genossen Bracujin telefoniert!

Die Polizei würde kommen!

Ah... große Unterjuchung.

Alle waren ehrlich empört; die kleine Landmännchen... ausgerechnet auf sie, die so freundlich und gut zu allen war, auf sie hatte man es abgesehen.

Barum bestahl man nicht die deutschen Herren! Die hatten doch gewiß mehr Geld!

Der Arzt sei gekommen, hieß es! Augen voll Spannung folgten dem Doktor Fedor Palafin.

Doktor Palafin kam nach einer halben Stunde herunter und unterrichtete die gespannt wartenden Herren über den Zustand der Patientin.

Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen, Frau Maria Storkow ist eine kleine tapfere Frau. Sie hat die Nervenerstüftung bald überwunden! Heute Betttrübel Morgens wird sie wieder munter sein. Geknebeln ist ihr nichts! Sie ist lediglich gefesselt und geknebelt worden. Der Knebel war unmenslich. Hat große Atembeschwerden hervorgerufen, die sich aber nicht auswirken. Also... seien Sie ohne Sorge.“

Die beruhigenden Worte des Arztes taten wohl.

Nach ihm begab sich Genosse Bracujin mit zwei Kommilitonen zu Frau Maria, die angelehnt und gefesselt, nur etwas bleich im Sessel saß und die Herren erwartete.

Sie schilderte das wenige, dessen sie sich entsinnen konnte.

Dann fragte der Polizeichef: „Haben Sie festgestellt, was Ihnen gestohlen ist?“

„Es ist unbedeutend, Herr Polizeichef“, entgegnete Maria. „Es ist wenig Bargeld, wohl zweihundert Rubelwonez und fünf Dollar.“

„Schmutz?“

„Ich habe keinen Schmutz! Meine rote Korallenkette... die haben Sie gelassen.“

„Was fehlt Ihnen sonst noch?“

„Mein polizeilicher Ausweis, ausgestellt von der Polizeidirektion Berlin, dazu mein Paß.“

„Ah... interessant, Frau Storkow! Ihre Papiere haben die Lumpen mitgeben heißen! Das gibt zu denken! Eifrig suchte man nach Spuren, Fußspuren, Fingabdrücken.“

Aber nichts wurde gefunden. Anscheinend waren es ganz geriebene Verbrecher.

Dann ließ Bracujin die Dienerschaft antreten und verhörte sie nach allen Richtungen.

Die Verhöre förderten aber keinerlei Tatsachen zutage, die geeignet waren, die Spur aufzunehmen.

Bracujin gab den Kommilitaren weitere Ordres. Verlangte, daß sie genau nachforschen sollten, wer in der letzten Zeit, seit Annahmheit der deutschen Gäste, das Palais betreten habe usw.

Dann begab er sich zu den Herren, die gespannt auf ihn warteten und referierte über das Ergebnis.

„Wir haben keinerlei Spuren festgestellt können! Auch... warum der Einbruch erfolgte... ist nicht ganz klar. Ich kann mir nicht denken, daß um der kleinen Geldsummen, die Frau Storkow bei sich trug, zwei so geriebene Gefellen — wie sie es gewesen sind — das Risiko eines Einbruchs übernehmen. Zu denken gibt, daß der Paß und der polizeiliche Ausweis der Berliner Polizeidirektion mit gestohlen wurden.“

Das überraschte alle.

(Fortsetzung folgt.)



Aus Stadt und Bezirk.

Wetterbericht. Der Hochdruck über Mitteleuropa hat sich abgeschwächt. Sein Kern ist jetzt im Süden. Er behält aber noch Einfluss, sodass für Dienstag und Mittwoch zeitweilig heiteres, jedoch zu Gewitterstürmen geneigtes Wetter zu erwarten ist.

Beerenfest. 16. Mai. Vorletzten Samstag hielt der Sportverein in der Bahnhofsrestauration seine jährliche Hauptversammlung ab. Die Versammlung war gut besucht, wobei besonders die Anwesenheit zahlreicher passiver Mitglieder erhellend in Erscheinung trat. Den einleitenden Worten des 1. Vorsitzenden war zu entnehmen, daß der Verein auf die Tätigkeit- und erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken kann. Die 1. Fußballmannschaft konnte sich in den Verbandsspielen nach harten Kämpfen einen mittleren Platz erringen, die 2. Mannschaft hat durch die guten Resultate gezeigt, daß der Verein auch für die 1. Liga dort vorhanden ist. Auch die Fußballabteilung hat in Kampfspielen im letzten Jahr viel gewonnen unter Beweis gestellt. Als weitere erhellende Angelegenheit konnte man hören, daß dem Gesuch des Vereins an die Stadterwaltung um Ueberlassung der städt. Turnhalle für die Wintermonate zu Uebungszwecken von Seiten der Stadterwaltung in wohlwollender Weise entsprochen wurde.

Die Aufgaben der württ. Landespolitik

Finanzminister Dr. Dehlinger in Neuenbürg

Neuenbürg, 18. Mai 1933. Der Landwirtschaftliche Bezirksverein Neuenbürg hatte zu seiner getrigen Vollversammlung den württ. Finanzminister Dr. Dehlinger als Redner gewonnen. Ein Name von solcher Bedeutung hatte es auch vermocht, trotz des schönen Maiwitters, die Turnhalle bis auf den letzten Platz zu füllen. Zunächst begrüßte Oberamtsamtmann Weiß als Vorstand des Vereins alle Anwesenden, um dann im besonderen allen hohen Gästen für ihr Erscheinen zu danken, namentlich: Finanzminister Dr. Dehlinger; Reichs- und Landtagsabgeordneter Dingler, Calw; Landrat Kempf vom Oberamt Neuenbürg; Regierungsrat Mangold vom Finanzamt Neuenbürg; Landwirtschaftslehrer Pfeilich, Vorstand der Landwirtschaftlichen Kalw und den sehr zahlreich vertretenen Bürgermeistern der Bezirksorte. In ebendieser Weise wurde des verstorbenen Oberamtsverwalters Kübler gedacht, der als tatkräftiger, arbeitsfreudiger Mann allenthalben dem Verein entfallen wurde. Oberamtsverwalter Kübler war 38 Jahre im Vorstande des Vereins tätig; 2 Jahre als Sekretär und die letzten 12 Jahre als Vorstand. Sein Weltbild, sein Allgemeinwissen, seine Liebe zur Sache hat dem Verein wertvolle Dienste geleistet, und so hat sein Tod auch eine schwer auszufüllende Lücke im Verein geschaffen. Alle Anwesenden erhoben sich zu ebendem Ordenen von ihren Sitzen.

Vor der Berichtserstattung über das letzte Betriebsjahr gab der Vorstand Bürgermeister A. v. d. E. (Neuenbürg) das Wort. Dieser sprach im Namen der hiesigen Stadterwaltung alle Anwesenden herzlich willkommen. In kurzen Worten führte er die Ziele der Landwirtschaft an und wies vor allem auf das Zusammenarbeiten aller Stände in Stadt und Land, wie er dies bereits schon während der Zwangswirtschaft immer getan habe, hin. Dabei freute er sich ganz besonders, daß Finanzminister Dr. Dehlinger, als der würdlich dazu berufene Mann, sich mit seinem Vortrage an die Landwirtschaft wende, um ihnen die Probleme der allgemeinen Finanzwirtschaft und im besonderen die des Schwarzwaldes und des engeren Enztals darzulegen.

Vorstand Weiß führte nun für den Geschäftsbericht an, daß das letzte Betriebsjahr für die Landwirtschaft infolge der durchweg ungünstigen Witterungsverhältnisse sehr schlecht war, daß die Preise für Milchvieh und Schweine ganz unerwartet tief gesunken seien, und daß so dem Kleinlandwirt alle wesentlichen Einkunftsquellen verloren gegangen seien, ohne daß ihm dabei gleichzeitig eine spürbare Erleichterung an Steuern, Versicherungen und Abgaben als Ausgleich geboten worden wäre. Die von hoher Reichshöhe aus getroffenen Maßnahmen für die Landwirtschaft haben sich bis jetzt auf die Kleinlandwirtschaft noch nicht ausgebreitet.

Ganz besonders rügte er den Mangel, daß trotz der geringen Kaufkraft des landesweiten Volkes immer noch ausländische Lebensmittel verbracht würden. Der Wahrheit erfolgte zu Recht: „Deutsches Volk ist und verbleibe deutsche Erzeugnisse“.

Der wiederholt gefaßte Plan, den schlechten Milchmarkt durch Gründung einer genossenschaftlichen Milchzentrale zu beheben, müßte bei einem errechneten Kostenanwand von 170000 Mark unangeführt bleiben, jedoch sei durch Unterhandlung mit der Milchzentrale Vorzeim nach Fertigstellung des neuen großen Milchhofes eine Abnahme von Verarbeitungs- und Rabat in Aussicht gestellt. Damit wäre dann eine größere Absatz für Milchprodukte für den Bezirk gesichert.

Die Lagerhäuser des Vereins wurden an die Bezugs- und Absatzgenossenschaft weiter vermietet und durch eine ristofolle Antrittsgenossenschaft mit derselben den Mitgliedern der Bezug von Waren, Sauggut, Aumilchungen gesichert. Qualität und Preisbildung werden von 2 Mitgliedern des Vorstandes mitbestimmt.

Der Stand der Mitgliederzahl des Vereins, der politisch völlig neutral stehend nur wirtschaftliche Bestrebungen verfolgte, betrug zurzeit 757; ein Beitritt könne nur jedem zu Augen sein. Durch Abhaltung belehrender Vorträge forje der Verein für weitgehende Klärung aller wichtigen Standesfragen und so habe er für den heutigen Tag Finanzminister Dr. Dehlinger zu einem Vortrag über die Aufgaben der Landespolitik verpflichtet können.

Finanzminister Dr. Dehlinger

Wante für die Begrüßungsrede, die ihm vom Vorsitzenden überreicht waren und ging sofort auf das von ihm gestellte Thema seines Vortrages ein. Jede Politik, sei es Staats- oder Landespolitik müsse ein politisches Ziel haben. Gerade heute sei dies notwendig, um den Staat vor Erschütterungen zu bewahren. Gerechtigkeit, Ordnung und Erhaltung der Lebensnotwendigkeit für den Staat sollen in Württemberg oberster Grundsatz sein. Gerechtigkeit soll herrschen in der Verteilung der Lasten, in der Beamtenpolitik, bei der Verteilung der Lieferungen an Unternehmern usw. Ordnung im Staatshaushalt gelte auch in der Gemeindepolitik. Da müsse man sich nicht von dem geraden Weg abbringen lassen, sonst komme es zur Katastrophe. Ordnung sei aber ohne Einhaltung klarer und fester Grundsätze unmöglich. Diese heißen:

Kleine Ausgabe ohne Deckung.

Auf den Reichsbankhalt treffe dies ebenso zu. Der frühere Reichsfinanzminister Reichold habe den Grundsatz aufgestellt, es genüge, wenn man an der Grenze des Defizits bleibe. Der Erfolg war, daß es nicht mehr möglich gewesen ist, ein Gleichgewicht zu halten. Die Jahre 1924-25 haben für Württemberg einen Ueberflus ergeben, der der sog. Refinanzierung übermitteln wurde, um in den folgenden Jahren zum Ausgleich des

Staatshaushalts verwendet zu werden. Das Jahr 1930 verschlang den letzten Rest dieser Ueberflüsse aus früheren Jahren, so daß es künftig nicht mehr möglich sei, auf Zuschüsse der Reichsverwaltung zu rechnen. Neuenbürg sei ein weiterer Rückgang der Einnahmen erfolgt. Für die Zukunft sei eben damit zu rechnen, daß sich die Ausgaben noch den Einnahmen richten. Außerdem seien wir in erheblichem Umfang von den Maßnahmen des Reiches abhängig. Der Rückgang im Holzvertrieb schaffe eine neue schwierige Lage und trage dazu bei, daß wir schweren Gefahren entgegen gehen.

Im Reich haben sich neue Maßnahmen einschneidendster Art vor, doch lasse sich bestimmtes noch nicht sagen. Die Reichsregierung behalte sich den Zeitpunkt der Veröffentlichung vor und warte auf dem Verlauf der Genier Tagung, auf den sozialdemokratischen Parteilag und auf die Zusammenkunft in England. Dies sei zu bedauern, weil kostbare Zeit verloren gehe.

1929 habe es geheißen, zuerst revidieren, dann sanieren, so sei man zur Annahme des Youngplans gekommen. Aber statt der erwarteten Erleichterung um 1 Milliarde, habe man jetzt eine Vermehrung der Steuerlasten um über 2 Milliarden. Und nun sage man: „Erst sanieren, dann revidieren“.

Die Finanzpolitik in Staat und Gemeinden dürfe nicht nur von heute auf morgen rechnen und den Rasen schneiden, sondern müsse auf lange Zeit erfolgen. Reichsfinanzminister Reichold habe 100 Millionen, die der Minister Schlieben als Betriebskost der Reichskasse hinterlassen hatte, einfach vertan. Es sei deshalb kein Wunder, wenn selbst der Zentrumsmann Prälat Dr. Haas am 2. Januar dieses Jahres in Trier zugab: „Ein großer Teil der früheren Finanzen, Steuer- und Sozialpolitik war ein gefährliches Schachmännchen vor den Rasen und mehr als einmal eine kaum noch bedeckte Kapitalisation vor der Strafk“.

Eine weitere Schwierigkeit in der Landesfinanzverwaltung rühre davon her, daß die Ausgaben immer auf festgelegte Termine fällig seien, während die Einnahmen unregelmäßig erfolgten, deshalb sei es unumgänglich notwendig, sich einen Staatsmittelfond zu schaffen. Oberster Grundsatz müsse sein, seine neuen Aufgaben zu übernehmen, solange man nicht sicher sei, daß man die Ausgaben leisten könne. Ein klassisches Beispiel hierfür sei die Arbeitslosenversicherung. Wir hätten in Württemberg ähnliche Probleme. Die Frage der akademischen Volksbildung, die Umwandlung der Fortbildungsschulen in Berufsschulen und das achte Schuljahr seien umstrittene Punkte. In dessen, wo man bereits zwei pädagogische Akademien eingeführt hatte, streite man sich, welche von beiden man wieder aufheben solle. In Sachen leufte man schwer unter der Last für Jahr für Jahr steigender Verbindlichkeiten für die wachsende Zahl der akademisch gebildeten Volksschullehrer. Seiner Ansicht nach könne in Württemberg nur in Betracht kommen, daß man die Seminare erweitere und vertiefe. Es wäre sonst nicht möglich, den Lehrernachwuchs aus dem Lande zu bekommen. Das 8. Schuljahr soll bis 1932 durchgeführt sein; die Durchführung ist jedoch nur dort möglich, wo keine neuen Ausgaben entstehen, weil nach der Notverordnung des Reichspräsidenten in den Jahren 1932 und 1933 auch in den Gemeinden die Gesamttausgaben nicht über die von 1931 hinaus erhöht werden dürfen. Praktisch sei somit keine Möglichkeit gegeben, die Durchführung des achten Schuljahres allgemein vorzunehmen. Wenn er, der Finanzminister, bewegen neuerdings von der Sozialdemokratie angegriffen werde, so könne er nur sagen, Reichsrecht bricht Landesrecht.

Wiesach werde die Ansicht vertreten, lieber Ausgaben machen als sparen. Dieser Grundsatz habe jedoch sehr gefehlt, denn Schulden könne man nur machen, wenn man Kredit habe, ein verschuldeter Staat habe jedoch keinen Kredit. Das Reich habe sich in den letzten Jahren nur helfen können durch kurz- und langfristige Anleihen. Differenz habe diesbezüglich dem Steuerkonzern das Rindholzmonopol angeboten, außerdem zu den ungünstigsten Bedingungen Gelder für 10-12 Prozent heringekommen. Diese Möglichkeit ist vorerst nicht mehr gegeben, namentlich nicht mehr vom Ausland, da man das Geld von der Goutente anfordern müßte und diese wiederum verlange schwerwiegende politische Kompensationen.

Auch Württemberg habe Anleihen aufgenommen und zwar für den Ausbau der Bahnstrecke von Norden nach Süden (Oberburten-Dorb-Kattweil - Tübingen - Immendingen). Dieser Ausbau des zweiten Gleises bilde die Voraussetzung für die Elektrifizierung. Im Zusammenhang der Fertigstellung der Strecke Mündeln-Augsburg-Stuttgart-Vorzweim-Marlörbe habe auch Baden 50 Millionen bei der Großindustrie geliehen. Ob bei der Elektrifizierung auch die Strecke Vorzeim-Wildbad in Betracht gezogen sei, sei fraglich. Außerdem habe das Rindholzmonopol übertragen, außerdem halte es sich mit dem Bau des zweiten Gleises bis Wildbad. (Allo nicht, D. Schriftl.)

Jar Steuerpolitik übergehend behandelte Finanzminister Dr. Dehlinger diese wichtige und allgemein interessierende Frage, jedoch ohne Neues zu der bis heute entstandenen Lage zu sagen. Neu ist nicht, wenn er sagt, eine gesunde Steuerpolitik sei die Voraussetzung für ein geordnetes Staatswesen, neu ist auch nicht, wenn er sagt, die Steuern müssen gerecht verteilt werden, das Betriebskapital werde immer mehr weggekauert und damit die Unternehmungskraft geschwächt. Das allgemein erstrebenswerte Ziel sei, die Steuern zu senken. Bei der Landwirtschaft sei dies in ziemlichem Umfang gelungen. Während seiner sechsjährigen Ministerialzeit sei die Steuerlast der Landwirtschaft auf die Hälfte gesunken. Später sei die Steuerlast jedoch erst, wenn die Kriegsteilnahme wegsäßen.

Die Gebäudenutzungssteuer gelte vielfach als die unerschickte Steuer, die wir haben. Er, Dr. Dehlinger, habe sich bei den Zusammenkünften der Finanzminister mit aller Kraft dagegen gewehrt, es sei ihm jedoch nicht gelungen, dieselbe abzuschaffen. Die Gebäudenutzungssteuer müsse als zusammenhängend mit der Baupolitik betrachtet werden. Es sei die Absicht des Reiches, die Wohnungsbaufinanzierung in neue Bahnen zu lenken und damit auch gerechter zu werden. Auch die Gewerbesteuer werde immer wieder von den Handwerker-Vereinigungen angegriffen, nun habe durch die Notverordnung das Reich auch diese Steuer in die Hand genommen. Weil man wisse, daß die Reichsgewerbesteuer komme, können wir nicht mit eigenen Änderungen anfangen; außerdem würde dies zu den schwersten Kämpfen führen.

Zur Frage der Neueinteilung der Oberamtsbezirke bemerkte der Finanzminister, daß vorerst nicht daran gedacht werden könne, die Vorschläge des Reichsparlamentarischen Ausschusses, falls nicht die ganze Einteilung auf den Kopf gestellt werden. Wenn es mit den Latein- und Realschulen. Wenn einzelne Gemeinden glauben, durch die Zuteilung zu einem anderen Oberamt weniger Umlage zahlen zu müssen, so werden dieselben trotzdem bei Durchführung des Reichs-Steuervereinheitlichungsgesetzes noch große Ueberraschungen erleben.

Die größte Aufmerksamkeit werde der Waldwirtschaft zugewendet. Dem Ueberangebot von ausländischem Holz müsse durch entsprechende Zölle begegnet werden. Auch durch eine Frachternährung müsse der heimischen Holzindustrie geholfen werden. Diesbezüglich seien mit der Reichsbahn in Stuttgart Verhandlungen im Gange. Auch durch neue Maßnahmen in den Siedlungsbauten hoffe man der Holzindustrie entgegenkommen zu können.

Scharf ging der Finanzminister mit den Berichtern des Einheitsstaates ins Zeug. Immer neue Bestrebungen seien da, die Selbständigkeit der einzelnen Länder zu untergraben und auszuhebeln. Ministerpräsident Braun habe offen ausgedrückt, „es genüge, daß die Länder ein Sektel in Purpur darstellen“. Nachdem das Reich die gesamte Finanzhoheit an sich gerissen habe, wolle es nun auch die Justiz an sich ziehen. Das sei ein Stück der marxistischen und sozialistischen Politik. Württemberg würde unter dem Verlust seiner Selbständigkeit ganz besonders benachteiligt, denn es sei in Gefahr, durch seine eigene Verwaltung mehr und mehr an Substanz zu verlieren. Während andere Länder Zuschüsse für ihre Arbeitslosenfürsorge brauchten, mußte Württemberg bis Ende 1932 rund 2 Millionen abführen. Sechshunderttausend Arbeitslosen seien in Württemberg sieben rund eine Million im Reich gegenüber. Allein an Verwaltungsaufwand durch die Zentralisierung im Reich für die dadurch notwendigen Beamten werden 100 Millionen notwendig. Man könnte hier noch viel einprägen, deshalb sei es unsere Pflicht, sich gegen den Einheitsstaat zur Wehr zu setzen.

Zusammenfassend betonte Finanzminister Dr. Dehlinger, es sei die Pflicht der Reichsregierung, den Kampf gegen die Reichsfeindliche aufzunehmen, um damit die Aufrechterhaltung der Reparationsfrage zu erwirken. Er befürchte, der Gang der Dinge werde sich in den nächsten Monaten noch verschärfen und da sei es erste Pflicht, das Gleichgewicht im Haushalt zu haben. Die Reichsregierung werde einschneidende Drosselungsmaßnahmen ergreifen, ob durch Postenangebotsabbau oder durch Drosselung der sachlichen Ausgaben sei noch nicht ersichtlich. Jetzt sei es so, daß es um das Schicksal des ganzen deutschen Volkes gehe. Jeder müsse sich klar sein, daß mit dem Schicksal des Reiches auch sein Schicksal verbunden sei. Statler Reichold lobte den hochgeschätzten Redner für seine trefflichen und aufschlußreichen Ausführungen.

Reichs- und Landtagsabgeordneter Dingler forderte in einer sich anschließenden kurzen Ansprache, daß Maßnahmen getroffen werden, die die unerhörte Einfuhr von Auslandsholz unterbinden. Wir haben gutes deutsches Holz, es müsse nicht immer ausländisches sein. Auch der Kampf gegen die Auslandswaren, namentlich in Obst, geböre dazu, die Finanzen zu senken. Beim Abstrich an den Gehältern gemacht werden müssen, so sei zu fordern, daß oben angefangen werde, nicht unten. Schwarze Kritik übte Herr Dingler auch an der zu sehr verkäuferten Arbeitslosenunterstützung, die namentlich in den Großstädten zu unliebsamen Auswüchsen führe.

Stadtvogelger Offizi beglückwünschte den Finanzminister für seine trefflichen Ausführungen, wies aber wiederholt auf die Not der Landwirtschaft hin, wo dringende Hilfe geboten ergebe. Die süddeutschen Staaten müßten zusammenstehen gegen den Schwindel, der aus Berlin komme. Sparen können wir, das brauchen wir uns von Berlin nicht sagen zu lassen, wir verlangen aber, daß auch im Reich gespart werde.

Ratlermeister Danz-Calmbach forderte scharfe Maßnahmen gegen die Kapitalflucht, und nahm Stellung gegen die Ungerechtigkeit in der Steuererhebung. Finanzminister Dr. Dehlinger beantwortete in seinem Schlußwort die mannigfaltig vorgebrachten Beschwerden und Anregungen. Er sei beehrt, keine Interessenpolitik zu treiben. Wenn aber das Volk aus der Not herankommen wolle, so habe es die Pflicht, zusammenzustehen und nur die großen Fragen im Auge zu halten und sich nicht in Kleinigkeiten zu verlieren. Er werde seine Pflicht tun, solange das Volk hinter ihm stehe.

Bezirksaktuar Koch als Sekretär des Landes-Bezirksvereins, nahm nach Beendigung des politischen Teiles der Versammlung die Verteilung der Preisurkunden der letzten hiesigen Bezirkslandwirtschaftsversammlung vor. Die Staatspreise, soweit sie in Geld beizulegen, für 1 Harren und 7 Röße mit zusammen 270 Mark, wie auch die aus Mitteln des Landes-Bezirksvereins und der Fleischhühnergenossenschaft je hälftig zur Verfügung gestellten Vereinspreise für 3 Harren und 6 Röße mit zusammen 165 Mark, konnten schon in der Mitgliederversammlung der Fleischhühnergenossenschaft am 13. Februar d. J. in Dresden ausbezahlt werden.

An Staatspreisen sind freiwillig worden:
für Harren: dem Friedrich Zeitz in Calmbach ein Staatspreis mit 30 M.R.;
für Röße der Jugendklasse: an Wilhelm Vott in Döbel ein 2. Staatspreis mit 40 M.R., an Adolf Werthe in Döbel ein 3. Staatspreis mit 30 M.R.; an Max Pfeiffer in Neufay ein 3. Staatspreis mit 30 M.R.; an Wilhelm Schönholzer in Ottenhausen ein 3. Staatspreis mit 30 M.R.;
für Röße der Altersklasse: an Fabrikant Commerell in Döbel ein 2. Staatspreis mit 50 M.R.; an Max Pfeiffer in Neufay ein 3. Staatspreis mit 30 M.R.; an Christian Schmidt zur Döbelmühle ein 3. Staatspreis mit 30 M.R.

Mit dem Dank an alle Richter für das rege Interesse an der Vereinsfrage wurde die Versammlung geschlossen.

Württemberg.

Stammheim, 16. Mai. (Verteilerfall.) Nach Arbeitslos war in Stammheim der Arbeiter Fritz Dittus an der Einmündung der Burgasse in die Gießerei Straße mit dem Fahrrad auf das Verkehrsnetz Calw-Döbelnberg auf. Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Wucht, daß der Radfahrer ein schwere Verletzung erlitt; er mußte in die Klinik nach Tübingen verbracht werden. Arzt und Krankenpfleger waren sofort an der Unglücksstätte zugegen.

Heilbronn, 16. Mai. (Die Stadtverordneten-Kandidaten.) Bis jetzt bewerben sich um die Stadtverordnetenstelle der Amtshaber und sechs Reichswürttemberger. Diese sind 1. Franz Junger, in Dresden geboren,



35 Jahre alt, seit 15. September 1927 Bürgermeister von Regisbau (Sachsen), 2. Herbert Peichert, in Chemnitz geboren, 34 Jahre alt, seit 1927 Bürgermeister von Marienberg in Sachsen; 3. Curt Sabajinsky, in Berlin geboren, 41 Jahre alt, Dipl.-Ing. und Doktor der Staatswissenschaften, seit 1927 als Verkehrsingenieur und Leiter des Autobusbetriebs in Diensten der Stadtgemeinde Chemnitz; 4. Hans Wehr, in Köln geboren, 31 Jahre alt, Doktor der Staatswissenschaften, seit 1926 Leiter des hiesigen Verkehrs- und Personals in Braunschweig; 5. Dr. Max Jettler, in Kulmbach geboren, 32 Jahre alt, Rechtsanwalt in München; 6. der Kandidat eines Industrieunternehmens hat sich ebenfalls beworben, aber gebeten, die Bewerbung vertraulich zu behandeln. Es besteht die Möglichkeit, daß aus Heilbronn noch ein weiterer Bewerber kommt: Oberpostinspektor Stadtrat Kiegl, der unter Vorbehalt einer definitiven Entscheidung eine Bewerbung in Aussicht gestellt hat.

Am Samstag sind noch weitere zwei Bewerbungen um die Stadtverordnetenstelle eingelaufen von Versicherungsbeamten Heinrich Borstler in Berlin und von Nationalökonom P. A. Koser in Potsdam, letzterer aber nur für den Fall, daß der bisherige Stellensinhaber sich nicht zur Wiederwahl stellt. Dieser Kandidat ist jedoch schon als Bewerber für die Stadtratswahl gestellt.

Gundelsheim, 16. Mai. (Als Leiche im Sträßburger Hofen.) Im nahen Hohenheim bekam man die Nachricht, daß von dort stammende 28-jährige Schiffer Jakob Dör, der seit drei Wochen von seinem Schiffsherrn vermisst wurde und den man schon in der Fremdenlegation glaubte, als Leiche im Sträßburger Hofen gefunden wurde. Es liegt ungewißheit ein Unfall vor.

Ravensburg, 16. Mai. (Revolverkugeln bei einer Prozession.) Zwei junge Burken führten am Himmelfahrtstage bei der Dösch-Prozession mit ihren Fahrrädern im benachbarten Halstertich in den Zug ein und gaben, als man sie zur Rede stellte, mehrere Schüsse ab, von denen einer dem Landwirt Schad Hofe und Mittel durchschlugerte. Die Burken lösten und feuerten blindlings auf mehrere ihrer Verfolger, wobei einer am Hals, ein anderer an der Hand verletzt wurde. Auch Hieb- und Stichwunden brachten die Burken ihren Verfolgern bei. Unter den Teilnehmern an der Prozession entstand eine Panik, bei der mehrere Frauen ohnmächtig wurden. Die beiden Burken konnten dingfest gemacht werden.

Tettmang, 16. Mai. (Gewalttätiger Bettler.) Eine blutige Gewalttat, die auch in den Bezirk Tettmang hinüberspielt, ereignete sich am Nachmittag des Himmelfahrtstages in Nonnenhorn. Ein Bettler war in das Haus von Wilhelm Wehler gekommen, in dem sich zur Zeit Robert Igel aus Baitensweiler, Gemeinde Tannau, befand. Als Igel den aufdringlichen Fremden aus dem Hofe wies, wurde er von diesem angegriffen und durch Schläge mit einer Weisfloche trotz Igel klopfende Wunden im Gesicht und im Rücken davon. Er wurde ins Verbandskrankenhaus Hohenheim übergeführt; die Verletzungen sind bedenklicher Natur. Der Täter verstand es, zu verschwinden und konnte noch nicht festgenommen werden.

Friedrichshafen, 16. Mai. (Schwerer Autounfall.) Zwischen Fischbach und dem Grenzhof ereignete sich am Himmelfahrtstage ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei Kraftwagen aus Kempten. Die miteinander befundenen Autos der beiden Wagen waren auf der Fahrt nach einem in der Nähe von Fischbach gelegenen Sommerhaus. Das vorausfahrende Auto bog angeblich überraschend von der rechten Fahrbahn nach links ab, ohne dem nachfolgenden Kraftwagen das vorgeschriebene Abblendungszeichen zu geben. Der Führer des nachfolgenden Wagens fuhr dem ersten Wagen direkt in die Seite. Der Zusammenstoß, bei dem sich der zweite Wagen zweimal überschlug, war außerordentlich heftig. Während der Fahrer dieses zweiten Wagens ohne erhebliche Verletzungen davonkam, wurde die Insassin desselben, eine Frau Sobelkont Sch. aus Kempten, mit lebensgefährlichen inneren Verletzungen und einem Beckenbruch in das hiesige Karl Altkrankenhaus eingeliefert. Der Führer des verunglückten Wagens wurde alsbald nach der Polizeidirektion Friedrichshafen verbracht, da er einen solchen Führerschein besaß, den er sich selbst ausgestellt hatte. Den Führerschein zerbrach er noch vor der Untersuchung durch Oberlandjäger Reiser aus Fischbach. Im Verlaufe der weiteren Vernehmung stellte sich heraus, daß dieser Chauffeur noch etwa 30 Formulare für Führerscheine bei sich hatte. Es steht noch nicht fest, zu welchem Zweck diese verwendet werden sollten.

Mit, 15. Mai. (Eigenartiger Unfall.) Ein teures Fußbad nahm ein Fräulein in einem Zimmer mit fließendem Wasser. Sie stand in das Wasser, das zum Hände- und Gesichtswaschen bestimmt ist, mit beiden Füßen hinein, brach durch und verlor sich an Baden und Kränzen. Die Verletzung der Hüften gestaltete sich schwierig, da erst einige Teile der Trümmer zerlegt werden mußten, um Verbindungen beim Herausheben der Eingewängten zu verhindern.

Baden.

Pforzheim, 16. Mai. (Familienstreit im Wirtshaus.) Daß ein Vater mit seinen Söhnen im Wirtshaus geht, soll öfter vorkommen. Seltener aber dürfte es sein, daß sie einander verdröhen, wie man das gestern abend in einer Wirtschaft zwischen Wolfenhausplatz und Eng erleben konnte. Kaum hatte Vater Schülke die Brine ordentlich unter den Tisch gestreckt, da begannen seine beiden Söhne Wilhelm und Gustav Händel miteinander. Wäre Wilhelm nun, als der jüngere, ruhig gewesen, wäre alles glatt abgegangen, aber durch sein andauerndes Widersprechen reizte er des Bruders Grimm. Vermahnen, daß Gustav schließlich zum Messer griff und Wilhelm einen Stich in die Schläfeldecke versetzte. Da hielt, so berichtet der Pforzheimer Anzeiger, der Vater es für geraten, vermittelnd einzugreifen. Er nahm einen Stuhl, rief ihm ein Bein aus und ließ dieses auf Gustav hinstellen. Die beiden Brüder wurden mit dem Sanitätswagen ins Krankenhaus geschafft, wo man Wilhelm einstellten ließ. Gustavs Schlädel aber scheint einen ordentlichen Ruff vertragen zu können, denn nachdem man ihm einen Verband angelegt hatte, konnte Gustav allein den Heimweg antreten.

Ettlingen, 16. Mai. Aus einem hiesigen Steinbruch wurden etwa 300 Sprengkapseln gestohlen. Im Laufe des vorigen Tages wurden von etwa 20 Beamten der Karlsruher Polizei Hausdurchsuchungen in Ettlingen vorgenommen, um die Täter ausfindig zu machen. Das gestohlene Sprengmaterial möchte genügen, um unüberschaubares Unheil anzurichten.

Zu dem aufsehenerregenden Sprengstoffdiebstahl, der am Freitag hier entdeckt wurde, erfahren wir noch folgende Einzelheiten: In dem Steinbruch der Stadt Ettlingen, gegenüber der Spinnerei, der im Nachbesitz von Herrn Kulenbacher bewirtschaftet wird, waren in einer Kalkerkammer unter besonderen Vorkehrungen eine größere Anzahl von Sprengkapseln aufbewahrt, die zu den Sprengungen in den Steinbrüchen benötigt werden. In der Nacht vom Mittwoch auf Christ Himmelfahrt wurden, wie bereits gemeldet, aus dem Steinbruch etwa 300 Sprengkapseln gestohlen. Als die Arbeiter am Freitag früh in den Steinbruch kamen, waren die Behälter aufgebrochen und die riesigen Lücken bemerkt. Der Diebstahl wurde sofort der Polizei gemeldet, welche die Staatsanwaltschaft in Karlsruhe in Kenntnis setzte. Im Hinblick auf die Gefährlichkeit des gestohlenen Sprengmaterials wurden im Laufe des Freitags zahlreiche Hausdurchsuchungen in Ettlingen und auch in Durlach vorgenommen, die jedoch ergebnislos verliefen. Die Kriminalpolizei hat umfangreiche Erhebungen vorgenommen. Die Fahndung nach den Tätern wird mit allem Nachdruck fortgesetzt, um das gestohlene Sprengstoffmaterial wieder herbeizuführen. Begreiflicherweise hat der Diebstahl in Ettlingen große Beunruhigung hervorgerufen. Hoffentlich gelingt es Polizei recht bald, die Täter zu ermitteln.

Neueste Nachrichten.

Uindau, 17. Mai. In den frühen Morgenstunden des Himmelfahrtstages herrschte auf dem Bodensee ein heftiger Sturm, von dem zwischen Schönen und Lindau drei Kahnfahrer überrollt wurden, die auf ihrem Ruderboot ein prosaisches Segel angebracht hatten. Das Schiff kenterte und die drei Insassen stürzten in den See. Der Unfall wurde lange Zeit nicht bemerkt. Der Bootsvorleiter Enderlin in Schönen hörte endlich die Hilferufe und rettete die drei Verunglückten.

Randol (Pöhl), 16. Mai. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde in der Nacht auf Dienstag in Rheingaben auf den dortigen Ortspolizisten ein Mordanschlag verübt. Nachts läutete es dreimal am Pfarrhof. Kurz darauf fielen drei Schüsse, die durch das Fenster in das Innere des Hauses drangen, wo sie in der Wand stecken blieben. Man nimmt an, daß der Täter den Pfarrer durch das Lüden anlocken wollte, aus seinem Fenster zu sehen, um ihn aus dem Hinterhalt erschließen zu können.

Offen, 16. Mai. Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich heute vormittag an einer Überführung in der Nähe des Bahnhofs Eisen-Nord. Eine Rangierlokomotive wurde von einem ausfahrenden Güterzuge in einer Weiche am Brückenkopf so hart gestreift, daß die Lokomotive die Rangiermaschine aus den Schienen hob und über das Geländer auf den Bürgersteig stürzte. Der Fahrer und der Lokomotivführer wurden dabei so schwer verletzt, daß sie bald nach dem Unglücksfall starben. Ein Kind, das auf dem Bürgersteig spielte, trug schwere Brandverletzungen davon.

Weimar, 16. Mai. Von der Weimarer Dienststrafkammer waren am Freitag die letzten beiden in Thüringen noch amtierenden kommunistischen Bürgermeister, Kohlrausch in Ruhla und Herber in Schwarzweid bei Dhruf, ihrer Ämter entsetzt. Beide haben nach

der Urteilsbegründung ihre Treupflicht dem Staat gegenüber schwer verletzt, indem sie trotz der Verordnung des thüringischen Innenministeriums tätige Mitglieder der KPD bzw. der Kommunistischen Opposition gelassen haben. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß zwischen der Kommunistischen Opposition und der KPD kein Wesensunterschied bestehe.

Berlin, 16. Mai. In der kommunistischen Ortschaft Lendau wurde nach einer Meldung Berliner Blätter aus Pforzheim ein beispielloser Fall von Vandalismus verübt. Bei einer Bauernhochzeit gab eine junge Burken Freudenstöße aus Pistolen und Gewehren ab. Während der Schierei brach plötzlich eine Frau ohnmächtig zusammen. Die Umstehenden beschuldigten einen Kellner, die Frau erschossen zu haben, banden den Unglücklichen trotz seiner Unschuldsbeteuerungen an einen Pfahl und prügelten ihn zu Tode. Erst später wurde die ohnmächtige Frau untersucht und man stellte fest, daß sie überhaupt keine Verletzungen aufwies. Die Gendarmen verhaftete 28 Bauernburken. Das Gericht ergab, daß sie den Kellner mit Wästel fastig beschuldigt und zu Tode geprügelt hatten, weil er sich seit einiger Zeit melgere, ihnen Getränke auf Kredit zu verkaufen.

Berlin, 16. Mai. Die Ehrfrau des 46 Jahre alten Reuters Hof rief heute früh den Schuß der Polizei an, da ihr Mann sie und ihre fünf Kinder mit einem Messer bedrohte und die Familie umbringen wollte. Als die Polizei gewollt in das Zimmer einbrach, in dem sich Hof eingeschlossen hatte, fand dieser mit einem Schächtelchen und einem Seitengewehr auf die Beamten blindlings ein. Schützlich gelang es, den Tobenden durch einen Schuß kampfunfähig zu machen. Bei dem Handgemenge wurden auch zwei Beamte schwer verletzt.

Madrid, 16. Mai. Die beiden Privatpaläste des Königs in Santander und San Sebastian wurden am Donnerstag aufgrund der Verordnung über die Enttarnung des königlichen Privatgeheimnisses beschlagnahmt. Der Palast Alcazar in San Sebastian, die bisherige Sommerresidenz des Königs, soll vorwiegend Sommeraufenthalt für den künftigen Präsidenten der spanischen Republik werden.

Sportseite.

Fußball. Zwischentunde um die Deutsche Fußballmeisterschaft: In Dresden: Dresdener Sportklub—Hollstein Kiel 3:4, in Berlin: Hertha B.S.C.—Sp. Bgg. Fürth 3:1, in Altona: Hamburger Sp. B.—Eintracht Frankfurt 2:0, in München: 1880 München—Sp. B. Weiden 4:1.

Um den Aufstieg zur Bezirksliga: Gruppe Württemberg: Sp. A. Feuerbach—Sportfreunde Ehlingen 2:1, Sp. Bgg. Mühlacker—F. B. Ehlingen 2:0, Gruppe Baden: F. B. Offenburg—F. C. Rheinfelden 1:0, F. C. Mühlburg—F. C. Singen 5:1.

Um den Aufstieg zur Kreisliga: Kreis Eng-Nekar: Sportklub Pforzheim—F. C. Calw 0:0, Sp. Bgg. Nagold—F. B. Neumühl 3:0, Kreis Oberrhein: F. C. Pforzheim—Karlsruher F. B. 3:2, Stuttgarter Kickers—F. B. Heilbronn 3:0, Borussia Neunkirchen—Germania Wehringen 3:3, F. B. Saardörben—Germania Wehringen 2:0, F. B. Kornau—F. B. Neffern 2:1, F. C. Ehlingen—F. B. Ludwigsburg 3:1, F. B. Pforzheim—Sportfreunde Stuttgart 2:0, F. C. Huchenfeld—Phönix Würt. 3:0, F. C. Huchenfeld—F. C. Pforzheim (Nef.) 3:4, Sp. Bgg. Mühlheim—Nordstern Pforzheim 3:0.

Hinweise

Ein englischer Hauptmann über Kriegsschuldfrage

Wie bereits angekündigt, spricht morgen abend 8 Uhr der englische Generalkonstabhauptmann A. D. Vivian Stranders, Mag. phil. der Universität zu London, in der von der Volkrechtspartei im Gasthaus z. "Bären" in Neuenbürg einberaumten Versammlung über das Thema: Der hiesigen Ortsgemeinde der Volkrechtspartei ist es gelungen, einen zweiten Redner zu gewinnen, der im Zusammenhang mit der Kriegsschuldfrage auch die Entschuldigungsfrage behandeln wird. A. Stranders hat in einer großen, von der K. K. B. veranstalteten Vortragsserie durch ganz Deutschland überall begeisterte Zustimmung gefunden. In hunderten, meist überfüllten Versammlungen hat der Redner, der übrigens ein glänzendes Deutsch spricht, den Kampf gegen den Versaillesvertrag und die Lüge von der Allseitsand Deutschlands am Kriege mit großem Erfolg geführt. Der Berliner Polizeipräsident hat A. Stranders wegen seines unerschrockenen Auftretens als lästigen Ausländer ausgewiesen, ein Verweis dafür, daß Stranders kein Alltagsredner ist. Niemand werde die Versammlung.

Birkenfeld, den 18. Mai 1931.

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Heimgang unseres lieben Vaters

Karl Bänzner,
Bäckermeister,

erfahren durften, sprechen wir hiermit auf diesem Wege allen unseren innigsten Dank aus.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Schömburg, den 16. Mai 1931.

Danksagung.

Für die liebevolle Anteilnahme, die wir beim Heimange unserer lieben Entschlafenen

Marta Oehschläger

erfahren durften, für den erhebenden Gesang des Leichenchors und die schönen Kranzspenden, sowie für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, sagen wir herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wirte

kaufen günstig Porzellan, Glas und sämtliche Küchenartikel zu Sonderpreisen bei

Ludwig Dietrich

Freie Zufuhr!

PFORZHEIM, Westliche, 34-36.

Neuenbürg, den 17. Mai 1931.

Todes-Anzeige.

Meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante

Marie Blaich,
geb. Heinselmann,

ist heute nachmittag im Alter von 62 Jahren durch einen sanften Tod heimgehoht worden.

In tiefer Trauer:

Wilhelm Blaich mit Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Dienstag den 19. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhaus aus statt.

Donnerstag, 21. Mai,

Krämer- und Schweinemarkt
in Neuenbürg.

Neuenbürg.

Wasch- u. Putz-Artikel

kauft man gut und billig bei

Carl Mahler,

Seifenfabrik.

Birkenfeld.

Den

Gras-Ertrag

von der Straße hat zu verkaufen

Strassenwart

Wilhelm Wessinger,

Hauptstraße Nr. 8.

Birkenfeld.

Rottlee und Luzerne

auf dem Halm zu kaufen gesucht.

Rittsche, Bächter,

Diellinger Str. 95.

Neue Sommer-Fahrpläne
für Württemberg und Hohenzollern

— Preis 60 Pfennig —

sind eingetroffen in der

C. Mech'schen Buchhandlung, Neuenbürg.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Stadtrats-Sitzung

am Dienstag den 19. Mai,

nachm. 6 1/2 Uhr.

Tagesordnung:

1. Rechtsfrage.
2. Bauwesen.
3. Voranschlag 1931.
4. Sonstiges.

Bürgermeister Knodel.

Ich bin 80 Jahre alt

und fühle mich nach Gebrauch von zwei Flaschen Heller's Knoblauchsaff sehr frisch und wohl. Blutdruck ist bedeutend herabgemindert, auch der Druck im Kopf ist vollständig beseitigt. A. Schröder, Waldgk., 25 608.

Heller's echter bulgarischer Knoblauchsaff (aus besten bulgarischen Knoblauchzwiebeln hergestellt) vorzüglich bewährt bei:

Hämorrhoiden, Gallenleiden, Nervenleiden, Herzbeschwerden, Rheumatismus und Arterienverkalkung.

Flasche M. 3.— in vielen Apotheken und Drogerien zu haben, sonst direkt.

Dr. Zinsser & Co. G. m. b. H. Leipzig 682.

Leitz-Ordner empfiehlt

C. Mech'sche Buchhdlg.

